

Suhls Bürgermeister Knapp startet Petition: Schließt endlich die Flüchtlingseinrichtung in Suhl!

ERFURT – Der Thüringer Landtag hat eine Petition des Suhler Oberbürgermeister André Knapp (CDU) auf Schließung der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl angenommen und veröffentlicht. Damit erfüllt sie alle gesetzlichen Voraussetzungen einer Petition, mit der sich der Landtag beschäftigen muss, wenn innerhalb von sechs Wochen mindestens 1500 Bürger unterzeichnet haben.

Die Flüchtlingsunterkunft ist immer wieder Zentrum von Gewalt und Polizeieinsätzen. Wenn man die Ohnmacht des Rechtsstaates Deutschland beobachten will, ist Suhl der geeignete Ort dafür.

Oberbürgermeister Knapp hat sich immer wieder mit Bürgereingaben beschäftigt, endlich für Abhilfe bei den unzumutbaren Zuständen in der Einrichtung zu sorgen. Er hat sich an zuständige Stellen der Landesregierung gewandt, ohne dass etwas Gravierendes geändert wurde. Nun hat er gehandelt.

Die Petition, so schreibt der CDU-Politiker, sei „neuer Höhepunkt einer nahezu *ungebrochenen und über Jahre anhaltenden Serie von Sachbeschädigungen, Vandalismus, Diebstählen und Einbrüchen im Umfeld der Erstaufnahmeeinrichtung*, den anliegenden Wohngebieten und in der Innenstadt. Die betroffenen Anwohner und ihre Familien erlebten gerade in den letzten Monaten eine massive Zunahme von Einbruchsdiebstählen in ihre Wohnungen und Fahrzeuge.“

Knapps erklärtes Ziel: Die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl

muss geschlossen werden. Falls Sie unterzeichnen möchten, können Sie das hier

Illegale Flüchtlinge: Sechs Kinder aus Afghanistan in Erfurt aufgegriffen

ERFURT – Die Polizei in Erfurt hat gestern Abend sechs afghanische Kinder im Alter zwischen zehn und 16 Jahren entdeckt. Sie waren in einem Lastwagen, der im Güterverkehrszentrum abgestellt worden war, offenbar über Rumänien nach Thüringen gekommen. Nach Angaben der Bundespolizei waren die Kinder drei Tage in dem LKW versteckt und hatten dann auf dem Parkplatz begonnen, die Plane des Wagens aufzuschneiden, um sich zu befreien. Sie sind jetzt erst einmal in Einrichtungen der Stadt Erfurt untergebracht worden.

Dr. Ute Bergner von „Bürger für Thüringen“ (BfTh): „Gute Ideen müssen sich durchsetzen

können, egal wer sie vorschlägt“

JENA – Der Freistaat Thüringen ist ein Land, dessen Wählerschaft beweglicher ist als die in den meisten anderen Regionen Deutschlands. So haben hier Parteien an den linken und rechten Rändern rechnerisch zusammen eine Mehrheit im Parlament. So war es auch möglich, dass am 5. Februar plötzlich aus dem Nichts ein FDP-Politiker kurzzeitig Ministerpräsident wurde, bevor die Kanzlerin dafür sorgte, dass eine demokratische Wahl „rückgängig“ gemacht wurde. Und der von der Bevölkerung abgewählte Linke Bodo Ramelow wieder Ministerpräsident wurde – mit den Stimmen der CDU, die viel darauf hält, die Partei der Deutschen Einheit zu sein. Sowa kann man sich gar nicht ausdenken, aber es passiert. In Thüringen.

Die Wiedereinsetzung Ramelows und seiner rot-rot-grünen Regierung war gleichzeitig die Geburtsstunde der „*Bürger für Thüringen*“. Eine Initiative von Bürgern aus Thüringen, die dieses Polittheater nicht mehr mitmachen wollen. Nun schickt sich diese Gruppe an, mit einer eigenen Partei zur Landtagswahl im kommenden Jahr anzutreten, um bürgerlichen Wählern eine neue politische Heimat zu geben. Eine aktuelle INSA-Umfrage sieht die „Bürger für Thüringen“ zum Start bei zwei Prozent und einem Potential für die Landtagswahl von sieben Prozent der Stimmen.

Spitzenkandidatin soll jene Unternehmerin Dr. Ute Bergner aus Jena werden, die momentan noch für die FDP im Landtag sitzt.

Frau Dr. Bergner, basteln Sie sich jetzt eine neue Partei, weil es in Thüringen sonst nichts anderes mehr gibt, das Menschen wie Sie wählen können?

Ich kenne keine Partei, in der ich mich zu 100 Prozent

wohl fühlen würde. Aber eine ökologisch-liberale Partei, die würde ich wählen. Es ist an der Zeit, den Parlamentarismus moderner zu gestalten. Vor allem transparenter zu gestalten und mit der Chance, dass sich gute Ideen auch durchsetzen können – egal, von wem sie kommen.

Warum sollten wir die Ideen anderer Fraktionen nicht ernst nehmen, statt sie automatisch abzulehnen, sobald sie aus der falschen Richtung kommen? Warum nicht auch mit wechselnden Mehrheiten eine Regierung gestalten?

Demokratie bedeutet für mich, den Wettstreit um die besten politischen Lösungen zuzulassen. Und eine Partei, die diesen Wettstreit zulässt und fördert, ist eine, die ich wählen würde.

Können Sie uns die wesentlichen Ziele verraten, mit denen Ihre neue Partei die Politik in Thüringen verändern will?

Die Kernpunkte unserer politischen Arbeit sind: mehr Transparenz im Parlament und im politischen Prozess schaffen. Indem wir Wert legen auf eine striktere Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative. Wir wollen neue Akzente in der Wirtschafts- und Umweltpolitik setzen. Mit dem klaren Fokus auf den regionalen Nutzen für die Thüringerinnen und Thüringer. Und dann wird die Gesundheitspolitik ein besonderer Schwerpunkt werden...

Klar, jetzt ist ja auch Corona-Krise...

Das ist aktuell das alles beherrschende Thema, ja. Aber unsere Vorstellungen gehen weit darüber hinaus. Grundsätzlich gilt: Es muss aufhören, dass unser Gesundheitswesen weiter industrialisiert wird. Sehen Sie, die Regierung hat eine Hypothese aufgestellt und Maßnahmen angeordnet. Und so, wie das jetzt läuft, ist es falsch.

Jeder Mensch ist anders. Jeder Mensch hat individuelle Bedürfnisse. Statt alle Bürger gleichermaßen wegzusperren,

sollte der Staat die Risikogruppen besonders schützen. Also die Menschen, die in Alten- und Pflegeheimen leben. Doch denen verbieten wir, rauszugehen. Viel wichtiger wäre es, sich um diese Menschen zu kümmern. Mit Ihnen spazieren zu gehen. Ihnen Gesellschaft zu geben, ihre Sorgen und Nöte ernst zu nehmen.

Was aber wiederum alle Menschen wirklich brauchen ist ein gesundes Immunsystem. Und was hier hilft, wäre die Organisation einer professionellen und kontrollierten Vitamin D-Prophylaxe.

Hat die Regierung von Bodo Ramelow die Krise bisher gut gemeistert?

Bis zum Sommer hatte ich das Gefühl, dass Thüringen am wenigsten restriktiv – besonders im Vergleich mit Bayern – vorgegangen ist. Und die Infektionszahlen waren trotzdem ok. Aber dann haben sie die Sporteinrichtungen geschlossen, und jetzt ist alles zu. Das halte ich für einen Fehler. Zumal nicht nur die Gastronomen viel getan haben, um alle Hygieneregeln zu erfüllen. Viele Fitnessstudios haben in Lüftung und Filtersysteme investiert. Und trotzdem hat die Landesregierung alles dicht gemacht.

Gaststätten, gutes Stichwort...

Ja, und auch Kultur. Im Sommer haben sich die Menschen viel Mühe gegeben. Ich kenne nicht eine einzige Statistik, die belegt, dass Gaststätten zu Virenschleudern geworden wären. Also, ganz klar: Man sollte die Gaststätten öffnen.

Halten Sie die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung für übertrieben?

Man darf nicht ignorieren, dass das Virus existiert und natürlich für manche Gruppen sehr gefährlich ist. Und damit meine ich nicht nur den direkten Verlauf der Krankheit, sondern auch Begleiterscheinungen wie die Vereinsamung von Menschen, die nicht selten zu schweren Depressionen führen.

Und es geht übrigens auch nicht, dass ich Menschen zur Arbeit gehen lasse, aber ihnen gleichzeitig jedes Vergnügen nehme.

Für viele Bürger ist das Thema Migration und Flüchtlinge nach wie vor der größte Aufreger – Stichwort: Suhl. Wie stehen Sie zu diesem Themenkomplex?

In Thüringen herrscht Arbeitskräftemangel, die Bevölkerung ist überaltert. Deshalb müssen wir Rahmenbedingen schaffen, damit wir wieder attraktiv werden für Zuwanderer aus anderen Teilen Deutschlands, Europas und dann der Welt. Aber klar sein muss: Wir brauchen klare Regeln, nach denen Zuwanderung erfolgt. Und diese Regeln müssen auch durchgesetzt werden.

Wir leben in einem Teil der Welt, in dem die Menschen frei, gleichberechtigt und aufgeklärt miteinander leben. Wenn man es überhaupt so sagen kann, dann sind das unsere heiligen Werte. Und wir erwarten, dass Menschen, die hier bei uns leben wollen, unsere Kultur nicht nur respektieren sondern auch schätzen.

Was will ich sagen: der Gesetzesrahmen muss so gestaltet werden, dass Flüchtlinge, die wir aufnehmen, hier auch arbeiten dürfen. Wer aber nicht arbeiten will oder Straftaten begeht, der muss zurück in seine Heimat.

Sie sind Unternehmerin, haben Sie in Ihrem Betrieb auch Flüchtlinge beschäftigt?

Ja, als die große Welle kam, haben wir fünf Syrer eingestellt. Drei leisten gute Arbeit, einer war sogar so gut, dass wir nach der Anlaufzeit sein Gehalt deutlich erhöht haben. Und einer hatte erkennbar keine Lust zu arbeiten, von dem mussten wir uns trennen. Aber es zeigt eben auch, dass es nicht „die Flüchtlinge“ gibt. Da müssen wir genau hinschauen und auch differenzieren.

Ein Wort noch zur Familienpolitik...

Familien sind die Basis unserer Gesellschaft und enorm wichtig. Unser Land muss ein Klima schaffen, in dem die Menschen auch wieder Lust auf Kinder und große Familien haben. Dazu gehört auch die Wahlfreiheit – also die Frage, wie Eltern ihr Leben organisieren wollen – und dazu gehört aber auch eine vernünftige Schulpolitik. Und ja, ich halte es für richtig, dass unsere Kinder auch in dieser Corona-Zeit in den Schulen unterrichtet werden.

Dr. Ute Bergner ist gebürtige Jenaerin, verheiratet und hat vier Kinder. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Physikstudiums an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1981, Prädikat „Sehr gut“) und der Promotion 1987 gründete sie 1992 die Firma VACOM Vakuum Komponenten & Messtechnik GmbH, deren Geschäftsführerin sie bis heute ist. Seit November 1997 gehört sie dem Landtag von Thüringen an.

Foto: Dr. Ute Bergner im Gespräch mit Klaus Kelle.

Verfolgungsjagd in Eisenach: Drei Polizisten verletzt

EISENACH – Drei Polizeibeamte sind heute Mittag bei einem Einsatz in der Georgenstraße verletzt worden. Die Beamten waren in eine Wohnung gerufen worden, um nach Fällen häuslicher Gewalt eines guineischen Mann (20) aus der Wohnung seiner Lebenspartnerin zu verweisen.

Beim Eintreffen der Streifenwagen flüchtete der Tatverdächtige sofort zu Fuß, die Beamten nahmen die Verfolgung, ebenfalls zu Fuß, auf. Da warf der Flüchtliche zunächst Gegenstände auf die Beamten und griff sie dann körperlich an. Mehrere Polizisten konnten den Kriminellen schließlich unter Einsatz

von Pfefferspray unter Kontrolle bringen. Drei beamte wurden dabei verletzt, der Guineer erlitt Schürfwunden und Reizungen im Gesicht.

Messerangriff: Landgericht Gera verurteilt Syrer (15) zu fünf Jahren Haft!

GERA – Mohammad D. (15) wird in den kommenden Jahren endlich einen geregelten Tagesablauf haben. Das Landgericht Gera verurteilte den jungen Syrer jetzt zu fünf Jahren Haft, weil er im Februar dieses Jahren zwei Männer mit einem Cuttermesser angegriffen und schwer verletzt hatte. Die beiden Mitangeklagten Ramin N. (19) aus dem Iran und Ali Sina M. (21) aus Afghanistan wurden wegen gefährlicher Körperverletzung zu Bewährungsstrafen verurteilt.

Staatsanwältin Doreen Bergemann hatte für den Hauptangeklagten zuvor eine Jugendstrafe von sieben Jahren gefordert. Dabei sprach sie von einem „puren Gewaltgeschehen“, das sie während ihrer ganzen Dienstzeit vorher noch nicht erlebt habe. Mohammad D. gilt bei den Behörden als Intensivtäter, der schon im Frühjahr 2019 wegen 130 Straftaten zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt wurde. Die Entscheidung wurde damals aber nicht rechtskräftig, weil der Angeklagte Rechtsmittel einlegte und plötzlich einen syrischen Ausweis vorlegte. Nach diesem war er am 1. Januar 2015 geboren worden und somit zur Tatzeit jünger als 14 Jahre und damit strafunmündig. Nach einem Jahr in U-Haft wurde er freigelassen.

Die 2. Strafkammer in Gera sah es als erwiesen an, dass die drei Gewalttäter, Gäste unseres Landes, in der Nacht des 9. Februar 2020 in der Innenstadt von Gera zwei deutsche Männer angegriffen und schwer verletzt hatten. Mohammad D. fügte ihnen mit dem Messer tiefe Schnittwunden im Gesicht zu. Die Opfer mussten operiert werden und leiden bis heute unter den Folgen des Angriffs. Dass die beiden Opfer – Felix T. (29) und Robert L. (35) – damals überlebten, hatten sie einem couragierten Mitbürger zu verdanken, der den Angriff zufällig aus dem Fenster seiner Wohnung sah und aus dem Haus rannte, die Gewalttäter stoppte und die Schwerverletzten in Sicherheit brachte.

Gast konnte nicht bezahlen – Schlägerei in Eisenach

EISENACH – Ein 20-Jähriger Guineer konsumierte in einer Shisha-Bar in der Alexanderstraße Rauchwaren und Alkoholika. Anschließend gab er gegenüber dem Personal an, über keinerlei Geld zu verfügen um die Zeche zu bezahlen. Nach derzeitigem Erkenntnisstand habe der 29-jährige irakische Betreiber der Bar den 20-Jährigen daraufhin gewaltsam aus seiner Bar gedrängt, nachdem der nicht freiwillig gehen wollte.

Beide Männer schlugen dann auf dem Weg vor der Bar aufeinander ein, wobei der Zechpreller leicht verletzt wurde. Die Polizei leitete Ermittlungen wegen Betruges und Körperverletzung ein.

Horrorszenen in Suhl: Schutzsuchende mit IS-Fahne und Kinderschutzschildern

von VERA LENGSELD

In einem Beitrag hatte ich schon vor einigen Tagen von den Schutzsuchenden in Suhl berichtet, die gewaltsam versucht haben, die Quarantäne ihrer Erstaufnahmeeinrichtung zu durchbrechen, die angeordnet worden war, nachdem ein illegal über Schweden eingereister Afghane positiv auf Corona getestet wurde. Die Unruhen begannen am Freitag und setzten sich bis Dienstag fort.

Am Montag musste die Thüringer Polizei auf einer Pressekonferenz Einzelheiten bekanntgeben. Demnach haben sich, nachdem etwa 20 bis 30 „junge Männer“ erfolgreich daran gehindert wurden, über den Zaun zu klettern, diese am Haupttor versammelt. In die erste Reihe stellten sie Kinder als Schutzschilde, wie man es von den IS-Kämpfern kennt. Bei der Aufstellung wurde mindestens eine IS-Fahne geschwenkt. Die sehr aggressiven Männer, laut Polizeiangaben hauptsächlich aus Georgien (dort gibt es radikale muslimische Minderheiten aus dem Kaukasusgebiet) und aus den Maghreb-Staaten, versuchten dann, gewaltsam das Tor zu überwinden. Vierzig Beamte mussten sich vier Stunden lang eine Schlägerei liefern, um die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen.

Diese Gruppe stellte eine akute Gefährdung für die Stadt Suhl dar. Trotzdem dauerte es vier Tage, ehe es einer entschiedenen Gegenmaßnahme kam.

Was sich am Dienstag Nachmittag bis in den Abend hinein in auf dem Suhler Friedberg abspielte, sah aus, wie eine Szene aus einem Horrorfilm. Nur war es diesmal Realität und keine Fiktion. Ab 17 Uhr gingen Einsatzkräfte in weißen

Schutzanzügen, Nase-Mund-Masken, Schutzbrillen und Einsatzhelmen in die Erstaufnahmeeinrichtung, um die hochaggressiven IS-Sympathisanten, die in den Medien als „auffällige Gruppe“ verniedlicht werden, von restlichen Bewohnern zu trennen. Sie wurden dabei von einem Wasserwerfer, einem Panzer und einem Räumfahrzeug unterstützt. Begleitet wurde der Einsatz von der Feuerwehr und Rettungswagen.

Das Personal der Einrichtung war schon vorher an die Grenze seiner Möglichkeiten gekommen. Es war, um an das Kanzlerinnen-Wort zu erinnern, nicht mehr zu schaffen. Deshalb mussten schon in den vergangenen Tagen Polizeibeamte beispielsweise Wachschutzaufgaben, Versorgung oder medizinische Hilfeleistungen erbringen.

Nach vorläufigen Angaben wurden 17 Personen wegen Widerstands aus der Einrichtung geholt und in die ehemalige Jugendarrestanstalt in Arnstadt verlegt. Ob sie, wie es konsequenterweise notwendig wäre, abgeschoben werden, weder Georgien noch die Maghreb-Staaten sind Kriegsgebiet, bleibt offen, ist aber eher unwahrscheinlich.

Wie lange glauben die Politiker, kann unsere Gesellschaft, die ohnehin einem nie da gewesenen Stresstest ausgesetzt ist, solche Aggressionen aushalten? Wie lange werden solche Einsätze stattfinden können, bevor es auch unsere Sicherheitskräfte nicht mehr schaffen? Warum hat die Landesregierung vier Tage gebraucht, ehe es zu einer Anordnung des zuständigen Gesundheitsamtes kam, die den Einsatz erlaubte?

Und wo war in diesen vier Tagen die Opposition, vor allem die CDU? Ich fand nur die kritische Stimme des Bundestagsabgeordneten Dr. Friesen. Wo blieben die Stimmen des Noch- Parteivorsitzenden Mohring und des Fraktionsvorsitzenden Mario Voigt? Haben sich die beiden schon so tief unter den Mantelschößen von Ministerpräsident Ramelow verkrochen, dass sie nichts mehr wahrnehmen? Was ist ein „Stabilitätspakt“

wert, wenn man zusieht, wie das Land von aggressiven Männern, die unsere Staatsorgane nicht respektieren und mit dem IS drohen, destabilisiert wird?

Bei diesem Politikversagen ist es höchste Zeit, aktiv zu werden. Fordert von der Landesregierung und dem Landesparlament sofortige Maßnahmen zur Abschiebung von randalierenden IS-Sympathisanten!

Wer schweigt, stimmt zu!

Eritreer feiern Party – Polizei ermittelt wegen versuchter Tötung

ERFURT – Diese Party lief völlig aus dem Ruder. Gegen 8,30 Uhr gingen gestern morgen etwa 20 Eritreer, die zuvor in einem nahegelegenen Gebäude zusammen gefeiert hatten, in Erfurt auf offener Straße aufeinander los.

Dabei wurden zwei Personen verletzt, bei einem steckte eine abgebrochene Messerklinge im Rücken. Ein anderer hatte sich nach der Schlägerei auf die angrenzenden Bahngleise gelgt. Dadurch musste der Bahnverkehr auf der Strecke unterbrochen werden. Ein späterer Alkoholtest bei dem Mann ergab 1,2 Promille.

Über den Grund der Auseinandersetzung ist bisher nichts bekannt. Die Polizei ermittelt gegen vier Verdächtige wegen versuchter Tötung.

WerteUnion Thüringen: Bundes- CDU trägt Schuld an schlechten Umfrageergebnissen

ERFURT – Eine aktuelle Umfrage, nach der die Linke und die AfD in der Wählergunst für die Landtagswahlen in Thüringen vorn liegen, sorgt für Unruhe bei den Christdemokraten im Freistaat.

Die Linke darf danach 25%, die AfD 24% und die CDU 21% erwarten, würde jetzt gewählt – eine dramatische Verschiebung der Kräfteverhältnisse, wie sie ähnlich auch bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg abzusehen sind.

Die Grünen kommen in Thüringen nach *Infratest dimap* auf 11, die SPD auf acht und die FDP auf fünf Prozent.

Die in der WerteUnion, der konservativen Basisbewegung in der CDU, organisierten Mitglieder sind sicher: Die katastrophalen Umfragewerte sind nicht der Thüringer CDU zuzuschreiben. Prof. Hans Pistner, einer von drei Sprechern der WerteUnion in Thüringen: „Das liegt am Zustand der Union in Deutschland insgesamt.“ *Thüringenjetzt* sprach mit Pistner...

Die CDU hat Thüringen nach der Wende positiv geprägt wie keine andere Partei. Sie wollen eigentlich ab Herbst wieder regieren...

Natürlich wollen wir das, denn alle sehen ja, wie Thüringen

von Rot-Rot-Grün heruntergewirtschaftet wird. Nehmen Sie allein mal die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes und der "Stiftung Familiensinn" des Landes ausgestattet zur Krisensicherung mit 35 Millionen Euro – abgeschafft von Rot-Rot-Grün. In der Opposition können wir solche Entscheidungen, die vor allem das soziale Klima für Familien massiv treffen, nicht verhindern.

Nimmt man die vergangene Wahl zum Maßstab drohen der Union nun deutliche Verluste...

Noch einmal: Diese Situation ist einzig der Politik der CDU im Bund geschuldet, die man dort anscheinend noch immer für modern hält. Wir müssen uns wieder auf unsere Kernthemen besinnen. Wir sind die Rechtspartei, wir stehen für die Förderung von Familien mit Kindern. Aber wir dringen mit unseren Botschaften beim Wähler gar nicht mehr durch, so lange jeden Tag Meldungen von Gewalttaten durch Flüchtlinge und Migranten die Bevölkerung schockieren und 260.000 rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben werden.

Die AfD bekommt derzeit viel Zulauf von Wählern, die früher Stammwähler der CDU waren...

Leider richtig. Die AfD in Thüringen hat den Ruf, das seien alles rechte „Flügel“-Leute. Das ist nicht die Wahrnehmung, die viele Bürger hier haben. Es macht die Partei bei manchen Wählern erst richtig interessant. Ich will nicht einzelne Leute verteufeln. Für uns als Union muss gelten, dass wir selbst wieder glaubwürdig für die Bürger werden, für Sicherheit und Ordnung, für eine intelligente Familienpolitik und gegen den Genderquatsch stehen.

Rentnerin (87) getötet: 23-jähriger Afghane in Haft

JENA – Der Mann, der am Wochenende eine 87-Jährige aus Jena-Winzerla getötet hat, sitzt seit gestern in Untersuchungshaft. Die Polizei konnte den 23-jährigen Afghanen, der im selben Haus wie sein Opfer wohnte, am Samstagnachmittag vor einem Einkaufszentrum in Erfurt festnehmen.

Die alleinstehende Rentnerin war am Samstagmorgen gegen zwei Uhr von Polizisten tot im Keller des Mehrfamilienhauses aufgefunden worden. Angehörige hatten die Frau schon vor dem Wochenende vermisst, weil sie nicht zu einer Verabredung erschienen war. Über die genauen Umstände des Todes gibt es bisher noch keine Informationen. Der Leichnam wurde in die Rechtsmedizin in Jena zur Obduktion gebracht.